

Ergebnisniederschrift

über die Sitzung des Schul-, Kultur- und Sportausschusses (SKSA/IX-007/2012)
des Landkreises Darmstadt-Dieburg

am 14.06.2012, 15:00 Uhr bis 16:25 Uhr,
Kreistagssitzungssaal,
Kreishaus Darmstadt, Jägertorstraße 207, 64289 Darmstadt

- - -

Tagesordnung

TOP	Betreff
Öffentlicher Teil	
1.	Vorbereitung der Kreistagssitzung
1.1.	Sanierung Gehweg vor der Kennedy-Schule in Münster Antrag Die Linke Vorlage: 0854-2012/DaDi
1.2.	Nachträglicher Erwerb des Realschulabschlusses - Antrag SPD, Grüne Vorlage: 0871-2012/DaDi
1.3.	Masterplan Alphabetisierung - Antrag FDP Vorlage: 0876-2012/DaDi
1.3.1.	Masterplan Alphabetisierung - Änderungsantrag SPD, Grüne Vorlage: 0911-2012/DaDi
1.4.	Maßnahmenkatalog zu den Handlungsempfehlungen „Wege aus der Armut“ - Antrag SPD, Grüne Vorlage: 0872-2012/DaDi
1.4.1.	Maßnahmenkatalog zu den Handlungsempfehlungen "Wege aus der Armut" - Änderungsantrag Die Linke Vorlage: 0907-2012/DaDi
2.	Kenntnisnahmen
2.1.	Junge Bevölkerung im Landkreis Darmstadt-Dieburg Vorlage: 0794-2012/DaDi
2.2.	Mediationsbericht Schulentwicklung Stadt Darmstadt / Landkreis Darmstadt- Dieburg Vorlage: 0901-2012/DaDi
3.	Schulentwicklungsplan

4.	Schulbauprojekte
5.	Mitteilungen und Anfragen

Anwesende	
Fraktion der SPD	
Herr Wolfgang Duda-Staniczek	
Herr Ludwig Gantzert	Vertreter für Abg. Griga, Martin
Frau Catrin Geier	
Frau Margrit Herbst	Vertreterin für Abg. Coutandin, Gabriele
Herr Alexander Ludwig	Vertreter für Abg. Ruppert, Joachim
Herr Matti Merker	
Fraktion der CDU	
Herr Winfried Landrock	
Frau Anna Schneider	ab TOP 1.1 (15:04 Uhr)
Herr Sebastian Rouven Sehlbach	
Herr Waldemar Stetter	
Herr Rainer Steuernagel	
Fraktion von Bündnis90/Die Grünen	
Herr Prof. Dr. Friedrich Battenberg	
Frau Iris Schimpf-Reeg	
Frau Barbara Walter	
Fraktion der FDP	
Frau Sigrid-Inge Slabon	
Fraktion der FW-PP	
Frau Fraktionsvorsitzende Brigitte Tesch	
Fraktion von Die Linke	
Herr Arno Grieger	
Kreistagspräsidium	
Frau Fraktionsvorsitzende Brigitte Harth	
Frau Barbara Roos	
Herr Siegfried Sudra	
Kreisausschuss	
Frau Erste Kreisbeigeordnete Rosemarie Lück	
Herr Kreisbeigeordneter Christel Fleischmann	
Herr Kreisbeigeordneter Uwe Bülter	
Herr Kreisbeigeordneter Marco Hesser	
Frau Kreisbeigeordnete Doris Hofmann	
Frau Kreisbeigeordnete Christa Lettau	
Herr Kreisbeigeordneter Tilman Schmieder-Harth	
Frau Kreisbeigeordnete Marianne Streicher-Eickhoff	
Herr Kreisbeigeordneter Georg Theiß	
Frau Kreisbeigeordnete Jessika Tips	
beratende Mitglieder	
Herr George Bal	Vertreter für Kayurtgan, Kemal
Herr Ottmar Haller	
Herr Johannes Meyer	
Verwaltung	
Herr Karl August Bertsch	
Herr Frank Horneff	

Anwesende
Herr Michael Hutterer
Herr Rainer Leiß
Frau Martina Löffler
Frau Nicole Mally
Gäste
Herr von Kymmel

Abwesende
Fraktion der SPD
Frau Bürgermeisterin Gabriele Coutandin
Herr Martin Griga
Herr Bürgermeister Joachim Ruppert
beratende Mitglieder
Herr Kemal Kayurtgan

Stellvertretender Vorsitzender Prof. Dr. Battenberg stellt fest:

1. Die Einladung zur Sitzung des Schul-, Kultur- und Sportausschusses ist form- und fristgerecht ergangen.
2. Der Schul-, Kultur- und Sportausschuss ist beschlussfähig.
3. **Stellvertretender Vorsitzender Prof. Dr. Battenberg** verweist auf die aktualisierte Tagesordnung. Änderungswünsche dazu werden nicht erhoben.
4. Einwände gegen die Ergebnisniederschrift der 6. Sitzung des Schul-, Kultur- und Sportausschusses wurden nicht erhoben.
5. Schriftführerin ist Nicole Mally.

Protokoll
des öffentlichen Teils

Beschluss zu TOP 1.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Vorbereitung der Kreistagsitzung**

Beschluss:

Beschluss zu TOP 1.1.

Vorlage-Nr.: 0854-2012/DaDi

Aktenzeichen: 290-008

Betreff: **Sanierung Gehweg vor der Kennedy-Schule in Münster
Antrag Die Linke**

Beschluss: **abgelehnt**

Kreisbeigeordneter Fleischmann berichtet über denkbare Sanierungsmöglichkeiten, die bis zu ca. 100.000 EUR Kosten verursachen würden, und die bereits stattgefundenen Gespräche. Da sich der Gehweg auf Grund historischer Entwicklung auf schulischem Gelände befindet, obliegt dem Kreis die Verkehrssicherungspflicht. Die Kosten würden im Rahmen der Schulumlage auf alle Städte und Gemeinden umgelegt.

Weiterhin erläutert er, dass es keine Verpflichtung gibt, diesen Weg sowie die PKW-Stellplätze der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen, weshalb auch ein Rückbau und die Einzäunung des Geländes in Frage kommen.

Er kündigt an, mit der Gemeinde Münster weitere Gespräche zu führen, mit dem Ziel eine gemeinsame Lösung zu finden.

Abg. Slabon (FDP) stellt den Antrag, keine Abstimmung über den Tagesordnungspunkt herbeizuführen und ihn zurückzustellen, aber im Geschäftsgang zu belassen. **Abg. Grieger** (Linke) erklärt für den Antragssteller Einvernehmen zu dieser Verfahrensweise. **Stellvertretender Vorsitzender Prof. Dr. Battenberg** stellt nach Abstimmung über den Antrag zur Geschäftsordnung fest, dass dieser mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU und gegen die Stimmen von Freie Wähler-Piraten und FDP abgelehnt ist.

Beschlussvorschlag:

1. Der Kreisausschuss wird aufgefordert, umgehend für die Sanierung des Gehwegs vor der Kennedy-Schule in der Stettiner Straße in Münster (etwa 100 m) zu sorgen.
2. Die erforderlichen Mittel werden im Nachtragshaushalt etatisiert.
3. Eventuelle Fragen der Zuständigkeit mit der Gemeinde sind nachrangig zu behandeln.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig
Zustimmung (Ja):
Ablehnung (Nein):
Enthaltung:

Detailergebnis, wenn zutreffend	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FDP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
FW-PP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Linke	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Fraktionslos	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

Beschluss zu TOP 1.2.

Vorlage-Nr.: 0871-2012/DaDi

Aktenzeichen: 229-001

Betreff: **Nachträglicher Erwerb des Realschulabschlusses - Antrag SPD, Grüne**Beschluss: **ungeändert beschlossen**

Kreisbeigeordneter Fleischmann berichtet auf Nachfrage der **Abg. Tesch** (FW-PP), dass zu diesem Thema bereits im Rahmen von Hessen-Campus über die zwei Projekte Abendrealschule und Produktionsschule diskutiert wurde. Er teilt mit, dass in diesem Zusammenhang eine Anfrage an das Hessische Kultusministerium gestellt wurde, die jedoch derzeit ruht und mit Beschluss dieses Antrages nochmal eine Aufforderung an das Hessische Kultusministerium erfolgen könnte.

Beschlussvorschlag:

Der Kreisausschuss wird beauftragt zu prüfen, unter welchen Bedingungen im Landkreis Darmstadt-Dieburg das Angebot eines nachträglichen Erwerbs des Realschulabschlusses für Erwachsene am Vormittag realisiert werden kann.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig
 Zustimmung (Ja):
 Ablehnung (Nein):
 Enthaltung:

Detailergebnis, wenn zutreffend	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FDP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FW-PP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Linke	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Fraktionslos	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

Beschluss zu TOP 1.3.

Vorlage-Nr.: 0876-2012/DaDi

Aktenzeichen: 490-004

Betreff: **Masterplan Alphabetisierung - Antrag FDP**

Beschluss: **geändert beschlossen**

Abg. Slabon (FDP) teilt für den Antragssteller mit, dass der Beschlusstext in Einigkeit mit den Antragsstellern des Änderungsantrages wie folgt geändert werden soll:

„Der Kreisausschuss wird aufgefordert, einen Maßnahmenkatalog „Alphabetisierung“ für das Kreisgebiet zu erstellen. Darin soll dargestellt werden, welche weiteren Maßnahmen der Landkreis Darmstadt-Dieburg im Rahmen seiner Zuständigkeit für die Bekämpfung des Analphabetismus umsetzen kann und welche Maßnahmen er von Seiten der Landes- bzw. der Bundesregierung anregt.“

Herr Bertsch berichtet zum Thema Analphabetismus und über die in diesem Zusammenhang angebotenen Kurse der Volkshochschule. Er informiert über die leo. – Level-One Studie und weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass diese Studie am 10.09.2012 in Frankfurt am Main vorgestellt wird.

Stellvertretender Vorsitzender Prof. Dr. Battenberg lässt über den Antrag in geänderter Fassung abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Kreisausschuss wird aufgefordert, einen Maßnahmenkatalog „Alphabetisierung“ für das Kreisgebiet zu erstellen. Darin soll dargestellt werden, welche weiteren Maßnahmen der Landkreis Darmstadt-Dieburg im Rahmen seiner Zuständigkeit für die Bekämpfung des Analphabetismus umsetzen kann und welche Maßnahmen er von Seiten der Landes- bzw. der Bundesregierung anregt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig
Zustimmung (Ja):
Ablehnung (Nein):
Enthaltung:

Detailergebnis, wenn zutreffend	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FDP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FW-PP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Linke	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Fraktionslos	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

Beschluss zu TOP 1.3.1.

Vorlage-Nr.: 0911-2012/DaDi

Aktenzeichen: 490-004

Betreff: **Masterplan Alphabetisierung - Änderungsantrag SPD, Grüne**

Beschluss: **zurückgezogen**

Abg. Geier (SPD) erklärt, dass die Koalition von SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit dem abgeänderten Beschlussvorschlag des Antrages der FDP einverstanden ist und sie aus diesem Grund ihren Änderungsantrag zurückziehen.

Beschlussvorschlag:

1. Der Kreisausschuss wird gebeten zu prüfen, ob und welche weiteren Maßnahmen der Landkreis Darmstadt-Dieburg im Rahmen seiner Zuständigkeit für die Bekämpfung des Analphabetismus ergreifen kann.
2. Der Kreistag Darmstadt-Dieburg fordert die Hessische Landesregierung auf, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, die verhindern, dass Schülerinnen und Schüler die Schule ohne ausreichende Grundkenntnisse des Lesens und Schreibens verlassen.
3. Der Kreistag Darmstadt-Dieburg fordert die Bundesregierung auf, Alphabetisierungskurse als arbeitsmarktpolitische Maßnahmen anzuerkennen, so dass diese mit Mitteln des SGB II und SGB III finanziert werden können.

Beschluss zu TOP 1.4.

Vorlage-Nr.: 0872-2012/DaDi

Aktenzeichen: 490-005

Betreff: **Maßnahmenkatalog zu den Handlungsempfehlungen „Wege aus der Armut“ - Antrag SPD, Grüne**

Beschluss: **ungeändert beschlossen**

Stellvertretender Vorsitzender Prof. Dr. Battenberg lässt auf Antrag von **Abg. Sehlbach** (CDU) die Ziffern 5 und 6 des Beschlussvorschlages getrennt von den Ziffern 1 bis 4 und 7 abstimmen.

Beschlussvorschlag:

1. Der Kreistag Darmstadt-Dieburg nimmt die Handlungsempfehlungen „Wege aus der Armut“ als Ergebnisse der Beteiligungskonferenzen zum Bericht zur Sozialen Lage als zukunftsweisende Grundlage um konkrete Schritte zur Armutsbekämpfung und für eine gerechte Teilhabe- und Verwirklichungschance aller BürgerInnen im Landkreis Darmstadt-Dieburg zu initiieren.
2. Folgende Handlungsmaximen und konzeptionelle Grundsätze sind in der Planung konkreter Schritte maßgeblich:
 - Prävention so früh wie möglich
 - „ambulant vor stationär“
 - Regionalisierung der Angebote (Dezentralisierung)
 - lokale Netzwerkarbeit
 - Sozialraumorientierung (Gemeinwesenorientierung)
 - Information ist Prävention
 - Beratungs-, Koordinierungs- und Steuerungsfunktion des Landkreises
 - Entwicklung lokaler, altersspezifischer Präventions- und Interventionsketten
 - Beteiligung / Partizipation
3. Der Kreisausschuss wird gebeten, einen Maßnahmenkatalog im Rahmen seiner Zuständigkeiten zu den unten aufgeführten Zielen zu erarbeiten. Dabei soll über die bestehenden Maßnahmen informiert und an sie angeknüpft, sowie die möglichen finanziellen Auswirkungen bzw. die Umsetzbarkeit weiterer Maßnahmen bewertet werden. Der Maßnahmenkatalog des Kreisausschusses soll vor der Beschlussfassung im Kreistag mit den zuständigen Fachgremien beraten werden.
 - Entwicklung einer modellhaften kreisweiten Präventions- und Interventionskette, die an den Altersphasen der Kinder und Jugendlichen ausgerichtet ist und in einfacher Form die bestehenden Angebote und Maßnahmen des Landkreises Darmstadt-Dieburg den BürgerInnen und Fachkräften kommuniziert (Bsp. Mohnheim).
 - Der Übergang von Schule in Ausbildung bzw. Beruf soll besser zwischen den beteiligten Institutionen abgestimmt werden. Die Erfordernisse von Jugendlichen aus benachteiligten Milieus sollen dabei stärker berücksichtigt werden.
 - Bei der Vermittlung von Langzeitarbeitslosen soll die Situation von Alleinerziehenden mehr in den Fokus gerückt werden. Auch die Situation von Frauen und Männern mit Migrationshintergrund und mit Behinderungen sollen besonders betrachtet werden. Die

Arbeitgeber sollen stärker für die Situation von Langzeitarbeitslosen sensibilisiert werden.

- Beim Ausbau eines bedarfsgerechten und flexiblen Systems der Kinderbetreuung sollen die Bedürfnisse Alleinerziehender besonders berücksichtigt werden.
 - Die Erfordernisse von Menschen mit zu pflegenden Angehörigen an den Arbeitsmarkt sollen stärker berücksichtigt und kommuniziert werden.
 - Es soll gewährleistet werden, dass alle Kinder an allen schulischen und bildungsbegleitenden Aktivitäten teilnehmen können.
 - Die Familien im Landkreis werden frühzeitig, direkt und wohnortnah über Fördermöglichkeiten und Hilfestellungen informiert. Die Förderung sollte stärker sozialräumlich ausgerichtet werden. Die Familien sollen schon vor der Geburt ihres Kindes über Beratungsstellen und Hilfeinrichtungen informiert werden.
 - Kinder aus benachteiligten Milieus und Kinder mit Behinderungen sollen in den Kindertageseinrichtungen stärker gefördert werden.
 - Einkommensschwache Familien sollen mit Ermäßigungen und Sozialtarifen entlastet werden.
 - Die Schulen sollen schrittweise in Ganztagschulen umgewandelt werden, um allen Kindern eine geeignete Förderung anzubieten.
 - Die Schulsozialarbeit wird als unterstützendes System ausgebaut.
 - Die Zusammenarbeit von Trägern außerschulischer Bildungseinrichtungen und den Trägern schulischer Bildung soll besser verzahnt werden. Die Informationen über die Angebote der Bildungsträger sollen stärker lokal erfolgen.
 - Die Zusammenarbeit der Schulen und Kindertagesstätten im Bereich der Gesundheitsförderung soll ausgebaut werden. Dabei soll ein niedrighschwelliges Angebot zu Leistungen und Präventionsangeboten gemacht werden.
4. Zur Erstellung des Maßnahmenkatalogs wird unter Beteiligung der Städte und Gemeinden eine verwaltungsinterne Steuerungsgruppe eingerichtet. Mit Hilfe eines indikatorengestützten Sozialmonitoring soll auf Ebene des Kreises für die Gemeindeebene ein sozialräumliches Frühwarnsystem entwickelt werden, das die Wirkung der Maßnahmen untersucht und auswertet.
5. Der Kreistag fordert die Bundesregierung auf:
- einen gesetzlichen Mindestlohn einzuführen.
 - das Antrags- und Bewilligungsverfahren des Bildungs- und Teilhabepakets zu vereinfachen und auf weitere Leistungen auszudehnen.
 - die Eingliederungsinstrumente gemäß SGB II und III wieder höher zu dotieren, um so die schrittweise Heranführung Langzeitarbeitsloser an den Arbeitsmarkt zu ermöglichen.
6. Der Kreistag fordert die Hessische Landesregierung auf:

- Im Bereich der Sekundarstufe I ein vernetztes Fördersystem für Kinder aus benachteiligten Milieus aufzubauen.
 - Die gemeindenahe Versorgung mit Fachkräften für psychisch Kranke Menschen, besonders Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene auszubauen.
 - Den Ausbau von Ganztagschulen stärker voranzutreiben.
 - Die Schulsozialarbeit als Aufgabe des Landes anzuerkennen und sowohl für Sekundarstufe I als auch für die Grundschule einzurichten und zu finanzieren.
7. Der Kreistag bittet den Kreisausschuss bei den kreisangehörigen Kommunen für folgende Maßnahmen zu werben:
- Umbau der Kindertagesstätten in Familienzentren
 - Schaffung eines „Welcome Pakets“ für Eltern neugeborener Kinder
 - Stärkere lokale Vernetzung bei den frühen Hilfen
 - Aufbau eines Netzwerks zum Thema Kinderarmut

Abstimmungsergebnis zu den Ziffern 1-4 und 7:

einstimmig
 Zustimmung (Ja):
 Ablehnung (Nein):
 Enthaltung:

Detailergebnis, wenn zutreffend	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FDP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FW-PP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Linke	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Fraktionslos	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

Abstimmungsergebnis zu den Ziffern 5 und 6:

einstimmig
 Zustimmung (Ja):
 Ablehnung (Nein):
 Enthaltung:

Detailergebnis, wenn zutreffend	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FDP	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FW-PP	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Linke	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Fraktionslos	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

Beschluss zu TOP 1.4.1.

Vorlage-Nr.: 0907-2012/DaDi

Aktenzeichen: 490-005

Betreff: **Maßnahmenkatalog zu den Handlungsempfehlungen "Wege aus der Armut" - Änderungsantrag Die Linke**

Beschluss: **abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

1. Der Kreistag Darmstadt-Dieburg nimmt die Handlungsempfehlungen „Wege aus der Armut“ als Ergebnisse der Beteiligungskonferenzen zum Bericht zur Sozialen Lage als zukunftsweisende Grundlage um konkrete Schritte zur Armutsbekämpfung und für eine gerechte Teilhabe- und Verwirklichungschance aller BürgerInnen im Landkreis Darmstadt-Dieburg zu initiieren.
2. Folgende Handlungsmaximen und konzeptionelle Grundsätze sind in der Planung konkreter Schritte maßgeblich:
 - Prävention so früh wie möglich
 - „ambulant vor stationär“
 - Regionalisierung der Angebote (Dezentralisierung)
 - lokale Netzwerkarbeit
 - Sozialraumorientierung (Gemeinwesensorientierung)
 - Information ist Prävention
 - Beratungs-, Koordinierungs- und Steuerungsfunktion des Landkreises
 - Entwicklung lokaler, altersspezifischer Präventions- und Interventionsketten
 - Beteiligung / Partizipation
3. Der Kreisausschuss wird gebeten, einen Maßnahmenkatalog im Rahmen seiner Zuständigkeiten zu den unten aufgeführten Zielen zu erarbeiten. Dabei soll über die bestehenden Maßnahmen informiert und an sie angeknüpft, sowie die möglichen finanziellen Auswirkungen bzw. die Umsetzbarkeit weiterer Maßnahmen bewertet werden. Der Maßnahmenkatalog des Kreisausschusses soll vor der Beschlussfassung im Kreistag mit den zuständigen Fachgremien beraten werden.
 - Entwicklung einer modellhaften kreisweiten Präventions- und Interventionskette die an den Altersphasen der Kinder und Jugendlichen ausgerichtet ist und in einfacher Form die bestehenden Angebote und Maßnahmen des Landkreises Darmstadt-Dieburg den BürgerInnen und Fachkräften kommuniziert (Bsp. Mohnheim).
 - Der Übergang von Schule in Ausbildung bzw. Beruf ist besser zwischen den beteiligten Institutionen abzustimmen. Die Erfordernisse von Jugendlichen aus benachteiligten Milieus haben dabei stärker Berücksichtigung zu finden.
 - Bei der Vermittlung von Langzeitarbeitslosen soll die Situation von Alleinerziehenden mehr in den Fokus gerückt werden. Auch die Situation von Frauen und Männern mit Migrationshintergrund und mit Behinderungen sollen besonders betrachtet werden. Die Arbeitgeber sollen stärker für die Situation von Langzeitarbeitslosen sensibilisiert werden.
 - Beim Ausbau eines bedarfsgerechten und flexiblen Systems der Kinderbetreuung sollen die Bedürfnisse Alleinerziehender besonders berücksichtigt werden.

Generell ist im Landkreis eine flächendeckende, flexible und auf unterschiedliche Bedürfnisse abgestimmte Kinderbetreuung einzurichten, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert (siehe Veröffentlichung zur Versorgungssituation 2010/11 der Kindertagesbetreuung im Landkreis Darmstadt-Dieburg vom Oktober 2011).

- Die Erfordernisse von Menschen mit zu pflegenden Angehörigen an den Arbeitsmarkt müssen stärker berücksichtigt und kommuniziert werden. Dabei ist ein Freistellungsanspruch von der Arbeit unter Fortzahlung der Vergütung bei Menschen die die Pflege Ihrer Angehörigen übernehmen, einzuführen.
- Es ist zu gewährleisten, dass alle Kinder an allen schulischen und bildungsbegleitenden Aktivitäten teilnehmen können.
- Ausbildungswilligen – ob Alleinerziehend oder nicht- brauchen Unterstützung durch die Kreisagentur für die Beschäftigung bei der Suche nach Betreuungsmöglichkeiten für Kinder. Dabei sind die Strukturen der Öffnungszeiten oder der Belegung von Betreuungsplätzen dem Ziel der Ausbildung dieser Menschen anzupassen.
- In allen Einrichtungen und Beteiligungsgesellschaften des Landkreises sind die Tariflöhne und Gehälter des öffentlichen Dienstes zur Anwendung zu bringen. Dies ist für die Vorbildfunktion des Landkreises dringend geboten. Daraus ergibt sich der Ausschluss prekärer Beschäftigung.
- Die Familien im Landkreis werden frühzeitig, direkt und wohnortnah über Fördermöglichkeiten und Hilfestellungen informiert. Die Förderung ist stärker sozialräumlich auszurichten. Es ist die Einrichtung von Koordinationsstellen für die aufsuchende Sozialarbeit vorzunehmen. Die Familien sollen schon vor der Geburt ihres Kindes über Beratungsstellen und Hilfeeinrichtungen informiert werden.
- Kinder aus benachteiligten Milieus und Kinder mit Behinderungen in den Kindertageseinrichtungen sind stärker zu fördern.
- Einkommensschwache Familien sind mit Ermäßigungen und Sozialtarifen zu entlasten. Dabei stehen das kostenlose Mittagessen an den Schulen und die kostenfreie Benutzung der Nahverkehrsmittel als dringlichste Aufgabe an und ist umzusetzen. Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket sind unbürokratisch zu nutzen.
- Die Gewährung eines Sozialtarifs von Strom und Gas für Menschen mit geringem Einkommen ist dazu geeignet den hohen Stromabschaltungen bei Familien mit einkommensschwacher Situation zu begegnen.
Bezugsberechtigt sollte alle Bürger/innen des Landkreises sein, die Anspruch auf Beihilfen von Rundfunk- und Fernsehgebühren haben, also Schwerbehinderte mit dem Vermerk RF, Sozialgeldbezieher/innen SGB II und SGB XII, Empfänger/innen von Grundsicherung im Alter, Sozialhilfeempfänger/innen, Empfänger/innen nach dem AsylbLG, Sozialhilfeempfänger/innen mit Hilfe zur Pflege der Leistung als Kriegsofopferfürsorge und Empfänger/innen von Pflegezulage nach § 267 Abs. 1 des Leistungsausgleichsgesetzes. Es muss erreicht werden, dass vor einer geplanten Stromabschaltung die Energieversorger dies bei der Verwaltung melden.
- Es ist ein Konzept für Wohnungslose Frauen und Männer zu entwickeln.
- Die Schulen werden schrittweise in Ganztagschulen umgewandelt, um allen Kindern eine geeignete Förderung anzubieten.

- Die Schulsozialarbeit wird als unterstützendes System ausgebaut und weiterhin fortgeführt durch den Landkreis und das Land Hessen.
- Für eine umfassende Förderung der Kinder ist die Einführung von Ganztagschulen in Grundschulen im >Landkreis unabdingbar. Die Übergangsform der Betreuenden Grundschule wird bisher in sehr unterschiedlichen Formen und Trägerschaften durchgeführt. Dieses System bedingt, dass nicht alle Kinder in gleicher Weise gefördert werden und gerade Kinder aus benachteiligten Milieus keine ausreichende Förderung erhalten. Der Landkreis sollte hierzu in seiner Eigenschaft als Jugendhilfe- und Schulträger seine zentralen Steuerungsfunktionen wahrnehmen.
- Eine Intensivierung der Arbeit mit Eltern aus benachteiligten Milieus kann am ehesten mit einem aufsuchenden Sozialraumansatz erreicht werden. Dazu bietet sich vor allem die vorgesehene Weiterentwicklung der bestehenden Kitas zu Familienzentren an. Dazu ist in jeder Kreiskommune eine Koordinationsstelle einzurichten. (unter finanzieller Beteiligung des Landkreises).
- Bisher kann nach erfolgter Diagnose einer gesundheitlichen Beeinträchtigung die Therapie häufig nicht zeitnah begonnen werden, da ein Mangel an Therapieplätzen besteht. Medizinisch-therapeutische Angebote, die in einem Maßnahmenkatalog am häufigsten notwendig erscheinen, sind als Sofortmaßnahme bedarfsgerecht auszubauen (Lokalität der Maßnahmen im Flächenkreis). Vernetzung und Zusammenarbeit von Gesundheitshilfe und Schule sollten dazu beitragen, eine gemeinsame Verantwortung für die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen zu entwickeln.
- Durch die geringe Facharztdichte im Landkreis ist eine wohnortnahe Versorgung psychisch kranker Menschen kaum möglich. Dieser Personenkreis kann sich Fahrtkosten zu einem Arzt kaum leisten. Daher ist als Sofortmaßnahme die Übernahme der Fahrtkosten durch den Landkreis sicherzustellen bzw. Fahrdienste anzubieten. In Zukunft muss daher die gemeindenahere Versorgung ausgebaut werden. Vor allem müssen Anlaufstellen und Therapieplätze für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene wohnortnah ausgebaut werden (Beratungsstellen, Teestuben).
- Bei der Kinderarmut geht es jedoch darum, solche Vernetzungsstrukturen auf der Ebene der kreisangehörigen Städte und Gemeinden zu schaffen. Der Aufbau lokaler Präventions- und Interventionsketten setzt somit voraus, dass auch in den einzelnen Kommunen des Landkreises hierfür die Notwendigkeit gesehen wird und die erforderlichen Schritte eingeleitet werden. Bei dieser Maßnahme ist darauf zu achten, dass auf ehrenamtliche Arbeit verzichtet wird und die Eigenständigkeit dieser Aufgabe eine Anbindung an die Sozialämter nicht sinnvoll ist. In allen Kreiskommunen werden lokale Koordinationsstellen eingerichtet. Deren Aufgabe liegt darin, die altersspezifischen Präventions- und Interventionsketten einzurichten und zu moderieren. Sie hat eng zusammenzuarbeiten mit der Koordinierungsstelle auf Kreisebene.
- Die Zusammenarbeit von Trägern außerschulischer Bildungseinrichtungen und den Trägern schulischer Bildung soll besser verzahnt werden. Die Informationen über die Angebote der Bildungsträger sollen stärker lokal erfolgen.
- Die Zusammenarbeit der Schulen und Kindertagesstätten im Bereich der Gesundheitsförderung ist auszubauen. Dabei ist ein niedrigschwelliges Angebot zu Leistungen und Präventionsangeboten zu machen.

4. Zur Erstellung des Maßnahmenkatalogs wird unter Beteiligung der Städte und Gemeinden eine verwaltungsinterne Steuerungsgruppe eingerichtet. Mit Hilfe eines Indikatoren gestützten Sozialmonitoring soll auf Ebene des Kreises für die Gemeindeebene ein sozialräumliches Frühwarnsystem entwickelt werden, das die Wirkung der Maßnahmen untersucht und auswertet.
5. Der Kreistag fordert die Bundesregierung, den Bundestag sowie den Bundesrat auf:
 - einen gesetzlichen Mindestlohn von 10,00€ einzuführen.
 - die Befristungen von Arbeitsverhältnissen auf den sachlichen Grund zu beschränken.
 - Leiharbeit auf sechs Monate zu beschränken.
 - eine Ausbildungspflicht für Unternehmen, wer nicht ausbildet, hat in einen Ausbildungsfonds einzubezahlen aus dem die Ausbildung finanziert wird.
 - eine Anhebung des Harz IV Regelsatzes auf 500,00€ vorzunehmen.
 - das Antrags- und Bewilligungsverfahren des Bildungs- und Teilhabepakets zu vereinfachen und auf weitere Leistungen auszudehnen.
 - die Eingliederungsinstrumente gemäß SGB II und III wieder höher zu dotieren, um so die schrittweise Heranführung Langzeitarbeitsloser an den Arbeitsmarkt zu ermöglichen.
6. Der Kreistag fordert die Hessische Landesregierung auf:
 - Im Bereich der Sekundarstufe I ein vernetztes Fördersystem für Kinder aus benachteiligten Milieus aufzubauen.
 - Die gemeindenahe Versorgung mit Fachkräften für psychisch Kranke Menschen, besonders Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene auszubauen.
 - Den Ausbau von Ganztagschulen stärker voranzutreiben.
 - Schrittweise Einführung der Gebührenfreiheit für Kindertagesstätten.
 - Ein Tariftreuegesetz einzuführen, dass die Möglichkeit bietet, bei öffentlichen Ausschreibungen, die keine Tarifverträge anwenden und nicht ausbilden, diese bei der Vergabe nicht zu berücksichtigen.
 - Die Schulsozialarbeit als Aufgabe des Landes anzuerkennen und sowohl für Sekundarstufe I als auch für die Grundschule einzurichten und zu finanzieren.
7. Der Kreistag bittet den Kreisausschuss bei den kreisangehörigen Kommunen für folgende Maßnahmen zu werben:
 - Umbau der Kindertagesstätten in Familienzentren
 - Schaffung eines „Welcome Pakets“ für Eltern neugeborener Kinder
 - Stärkere lokale Vernetzung bei den frühen Hilfen

- Aufbau eines Netzwerks zum Thema Kinderarmut

Abstimmungsergebnis:

einstimmig
Zustimmung (Ja):
Ablehnung (Nein):
Enthaltung:

Detailergebnis, wenn zutreffend	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FDP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FW-PP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Linke	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Fraktionslos	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

Beschluss zu TOP 2.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Kenntnisnahmen**

Beschluss:

Beschluss zu TOP 2.1.

Vorlage-Nr.: 0794-2012/DaDi

Aktenzeichen: 429-003

Betreff: **Junge Bevölkerung im Landkreis Darmstadt-Dieburg**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Erste Kreisbeigeordnete Lück

übergibt die Publikation „Junge Bevölkerung 2010“.

Dargestellt wird in ihr die demographische Struktur und Entwicklung der jungen Bevölkerung im Landkreis Darmstadt-Dieburg.

Der Bericht „wagt“ auch einen Ausblick auf die voraussichtlich bis zum Jahr 2030 zu erwartende Entwicklung.

Sie stellt hierdurch einen wichtigen Baustein für den Bereich der künftigen Ausrichtung der Kinder- und Jugendhilfe im Landkreis Darmstadt-Dieburg sowie seinen Städten und Gemeinden dar.

Beschluss zu TOP 2.2.

Vorlage-Nr.: 0901-2012/DaDi

Aktenzeichen: 290-010

Betreff: **Mediationsbericht Schulentwicklung Stadt Darmstadt / Landkreis Darmstadt-Dieburg**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Kreisbeigeordneter Fleischmann berichtet über die Hintergründe des Mediationsverfahrens. Er teilt mit, dass aufgrund der Irritationen durch die aus der Presse zu entnehmenden Informationen ein Schreiben an Frau Kultusministerin Henzler geschickt wurde und die Vorlagen-Nr. 0901-2012/DaDi deren Antwort darauf darstellt. Weiterhin teilt er mit, dass geprüft wird, ob die Klage, die bis zum jetzigen Zeitpunkt ruht, aufgrund der aktuellen Zahlen wieder aufgenommen wird.

Kreisbeigeordneter Fleischmann berichtet, dass ein Erlassentwurf zum Schulentwicklungsplan vorliegt. Er informiert darüber, dass beabsichtigt ist, eine Stellungnahme zu dem Erlassentwurf an das Hessische Kultusministerium zu schicken. Diese Stellungnahme soll auch die Stellungnahmen der betroffenen Schulen mit enthalten.

Er teilt mit, dass er dem Schul-, Kultur- und Sportausschuss den fertigen Erlass zukommen lässt.

Landrat Schellhaas gibt das als Anlage beigefügte Schreiben des Hessischen Kultusministeriums zum Mediationsbericht zur Kenntnis.

Beschluss zu TOP 3.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Schulentwicklungsplan**

Beschluss:

Kreisbeigeordneter Fleischmann berichtet hinsichtlich des gemeinsamen Schulentwicklungsplans mit der Stadt Darmstadt über den aktuellen Sachstand. Er teilt mit, dass beide Schulverwaltungen momentan dabei sind, den Sachstand zusammenzustellen.

Weiterhin berichtet er über einen gemeinsamen Termin mit **Bürgermeister Reißer** beim Presseclub.

Herr von Kymmel gibt Informationen zu den Lenkungsmaßnahmen und teilt hierzu mit, dass keine Schülerinnen und Schüler in den Landkreis zurück gelenkt werden mussten.

Beschluss zu TOP 4.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Schulbauprojekte**

Beschluss:

Kreisbeigeordneter Fleischmann teilt mit, dass keine Schulbauprojekte vorgestellt werden können.

Beschluss zu TOP 5.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Mitteilungen und Anfragen**

Beschluss:

Es liegen keine Mitteilungen und Anfragen vor.

Stellvertretender Vorsitzender Prof. Dr. Battenberg schließt die Sitzung um 16:25 Uhr.

Ende der Niederschrift

Darmstadt, den 15. Juni 2012

Prof. Dr. Friedrich Battenberg
stv. Vorsitzender

Nicole Mally
Schriftführerin